

Die Tyrannei der Beleidigten

Im Namen politischer Korrektheit wird immer häufiger die Beseitigung irritierender Kunstwerke aus dem öffentlichen Raum gefordert. Was nicht in unser Weltbild passt, gilt zunehmend als unzumutbar.

Von Arnold Bartetzky

Seit mehr als sieben Jahrhunderten prangt ein böses Schmähhild an der Wittenberger Stadtkirche St. Marien. Es zeigt eine Sau, an deren Zitzen Menschenkinder säugen, die mit ihren Spitzhüten als Juden gekennzeichnet sind. Hinter dem Tier hockt ein Rabbini und hebt dessen Schwanz und Hinterbein, um in den Anus zu schauen. Die besondere Perfidie der Darstellung von Juden im intimen Kontakt mit einer Sau besteht darin, dass das Schwein im Judentum als unrein gilt. Das Steinrelief sollte die Juden demütigen und zugleich Christen gegen sie aufhetzen. Die Wittenberger „Judensau“ ist ein drastisches Zeugnis des mittelalterlichen Antisemitismus, der sich immer wieder in Pogromen entlud. Martin Luther, der in der Stadtkirche predigte, steigerte den Bekanntheitsgrad der Darstellung, indem er sie in einer seiner Schmähschriften zum Ausgangspunkt für die Verhöhnung des jüdischen Glaubens nahm.

In den letzten Jahrzehnten war das Relief immer wieder Stein des Anstoßes. Bereits 1988 setzte die Gemeinde mit einer darunter in den Boden eingelassenen Gedenktafel für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus ein Gegenzeichen, mit dem sie sich unmissverständlich von dessen Botschaft distanzierte. Dennoch entzündeten sich an der Präsenz des antisemitischen Bildwerks im öffentlichen Raum weitere Debatten. Mit Hinweis auf das nahende Reformationsjubiläum fordert nun der Londoner Theologe Richard Harvey, das Relief zu entfernen, weil es „bis heute ein Angriff auf Juden“ sei. Es solle, heißt es in der in vielen Sprachen publizierten Petition, „an einem anderen Ort

Morgen in Natur und Wissenschaft

Krebsforscher vertonen den Code der Gene, um Krankheiten zu hören

Geisteswissenschaften: Natur und Geschichte in Etrurien

in einem Rahmen ausgestellt werden, in dem der historische Bezug hergestellt werden kann“. Dabei übersieht Harvey, dass dieser Bezug an keinem Ort deutlicher und mit mehr aufklärerischem Gewinn hergestellt werden kann als an der Kirche, für die das Werk in propagandistischer Absicht geschaffen wurde – und wo es heute zu Diskussionen über Wurzeln und Folgen des Antisemitismus anregen kann.

Das mittelalterliche Bildmotiv der Judensau findet sich an und in mehreren Dutzend Kirchen Europas. In einigen Fällen wurden mittlerweile distanzierende Hinweistafeln angebracht. Immer wieder werden aber auch Forderungen nach Beseitigung der Darstellungen laut. Solche Vorstöße sind besonders in Deutschland, wo der Antisemitismus im zwanzigsten Jahrhundert die mörderischsten Formen annahm, nicht erstaunlich. Doch sie stehen eher im Dienst der Geschichtsvergessenheit als der historischen Aufklärung.

Sie folgen dem Reflex, unliebsame Zeugnisse der Vergangenheit zu eliminieren, der in letzter Zeit nicht nur hierzulande um sich greift. Ein prominentes Beispiel ist die global wirksame Kampagne „Rhodes Must Fall“. Sie begann im vergangenen Jahr mit der Forderung nach Entfernung eines Denkmals des englischen Kolonisten Cecil Rhodes (1853 bis 1902) an der Universität Kapstadt, das von den studentischen Aktivisten als Symbol der Unterdrückung in der Zeit des Imperialismus und der anhaltenden Vorherrschaft der Weißen angeprangert und mit Exkrementen beworfen wurde. Schon nach wenigen Wochen beugte sich die Universität dem Druck der Eiferer und ließ das Denkmal demontieren.

Aus der erfolgreichen bilderstürmerischen Aktion wurde rasch eine breite Protestbewegung gegen – realen und imaginierten – Rassismus, die auf andere Universitätsstädte Südafrikas übergreifend und bald auch das britische Oxford erreichte (F.A.Z. vom 19. Dezember 2015 und vom 16. Januar). Am dortigen Oriol College steht ein Rhodes-Standbild, mit dem der umstrittene Unternehmer und Politiker 1911 als großzügiger Geldgeber der Universität und Stifter eines Stipendiums gewürdigt wurde. Die Aktivisten sammelten Tausende von Unterschriften für die Beseitigung des Denkmals, scheiterten aber schließlich an der Universitätsleitung, die sich standhaft weigerte, im Namen der „Entkolonialisierung“ der



Steinrelief des Anstoßes: Die „Judensau“ an der Wittenberger Stadtkirche. Wieder einmal wird die Entfernung des infamen mittelalterlichen Bildwerks gefordert.

Foto Ullstein

Hochschule ein aussagekräftiges Zeugnis der Kolonialzeit zu tilgen, und stattdessen zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte aufrufen.

Ähnlich wie Bildwerke im öffentlichen Raum gerät auch das Brauchtum zunehmend durch politisch korrekten Fundamentalismus in Bedrängnis. Es häufen sich Forderungen, die traditionelle Festkultur von allen Motiven zu säubern, die als anstößig empfunden werden könnten. Die Niederlande erleben seit Jahren Kampagnen für die Abschaffung der Figur des Zwarte Piet, denn der auf eine Tradition des neunzehnten Jahrhunderts zurückgehende dunkelhäutige Helfer des heiligen Nikolaus gilt seinen Kritikern als Ausgeburt des Rassismus. In den Vereinigten Staaten, dem Mutterland und nimmermüden Labor der politischen Korrektheit, sind mittlerweile Verbote traditioneller Halloween-Kostüme üblich, die durch schwarze Masken, Indianerschmuck, freizügige Betonung des weiblichen Körpers oder auch nur stereotype Berufsbekleidung als ethnisch diskriminierend oder frauenfeindlich angesehen werden könnten. Auch im deutschen Karneval mehren sich die Forderungen nach einer Kostümkensur. „Ethno-Klischees“ wie Afroperücken oder Turbane werden ebenso auf den Index gesetzt wie als Frauen verkleidete Männer. Die neuen Sittenwächter wittern überall Rassismus, Sexismus und Homophobie oder auch „Transfeindlichkeit“, überbieten sich gegenseitig im Aufspüren vermeintlichen Fehlverhaltens und vergessen dabei vollends, dass Karneval ähnlich wie Satire und Karikatur gerade von Grenzübertretungen und vom Spiel mit Klischees lebt.

Unübersehbar ist auch der Rückgang der Toleranz gegenüber historischem Sprachgebrauch in der Literatur, der nicht zur heutigen Utopie einer diskriminierungsfreien Weltgesellschaft passt. Vor allem Kinderbücher werden nach anstößigen Begriffen durchkämmt. Bei Neuausgaben sind Eingriffe in den Text an der Tagesordnung. Aus dem „Negerkönig“ in

„Pippi Langstrumpf“ wurde ein „Südseekönig“ – der allerdings aus postkolonialer Perspektive auch keineswegs unverdächtig ist –, in Otfried Preußlers „Die kleine Hexe“ gibt es keine „Negerlein“, keine „Eskimofrauen“ und keinen „Hottentottenhäuptling“ mehr (F.A.Z. vom 9. Januar 2013). Indem sie das aus heutiger Sicht Verstörende ausmerzen, erschweren solche Bereinigungen des Wortlauts das historische Verständnis der Bücher im Kontext ihrer Zeit. Die Entscheidung für einen Eingriff kann in Einzelfällen gleichwohl angemessen sein. So spricht wohl einiges dafür, zumindest die im heutigen Sprachgebrauch eindeutig herabsetzenden Begriffe – allen voran den „Neger“ – den Kindern und ihren Eltern zuliebe zu vermeiden. Denn Erstere neigen dazu, solche Begriffe mangels kritischer Distanz ungeprüft in ihren Wortschatz zu übernehmen, und für Letztere ist es nicht unbedingt eine Freude, sich beim Vorlesen mit notwendigen historischen Erklärungen unterbrechen zu müssen.

Offenbar wird aber auch gebildeten Erwachsenen immer weniger die Erkenntnis zugetraut, dass historische Begriffe aus ihrer Zeit heraus zu verstehen sind. Ein Beispiel dafür liefert das Rijksmuseum in Amsterdam mit seiner Kampagne zur Umbenennung von mehreren hundert Kunstwerken, deren Titel heute politisch inkorrekt klingen. Der Begriff „Neger“ wird von den Beschriftungen ebenso verbannt wie „Indianer“ oder „Eskimo“. Die Museumleitung will damit verhindern, dass sich irgendjemand auf der Welt durch einen historischen Bildtitel beleidigt fühlen könnte. Sie merkt aber nicht, dass sie durch einen Akt intellektueller Entmündigung des Betrachters jene beleidigt, denen sie am stärksten verpflichtet ist: die Besucher nämlich.

Als unzumutbar gelten auch immer mehr historische Straßennamen. Die Angst, dass sich jemand verletzt fühlen könnte, nimmt geradezu paranoide Züge

an, wenn sich etwa die Stadt München vornimmt, sämtliche Straßennamen auf ihre Kompatibilität mit den politischen Einstellungen der Gegenwart hin zu überprüfen, noch bevor sich irgendjemand an ihnen stört (F.A.Z. vom 10. Juni). Damit kommt die Stadt in vorausweisendem Gehorsam radikalisierten politischen Splittergruppen zuvor, wie zum Beispiel den „Antirassist*innen aus München und Regensburg“. Diese hatten kürzlich selbst Hand angelegt an Straßennamen, die in ihren Augen „kolonialrassistisches und rückwärtliches Gedankengut offenlegen“. Die eigenmächtige Umbenennung der Regensburger Drei-Mohren-Straße in eine „Drei-Möhren-Straße“ ist immerhin ein äußerst seltenes Beispiel für Humor und zugleich sparsamen Miteinsatz in der Kampagne der politischen Korrektheit. Die Initiative, die mit ihrer Aktion „die koloniale Logik“ zu durchbrechen meint, um „die im Stadtbild fortgeschriebene, reproduzierte und normalisierte Diskriminierung zu beenden“, ist aber symptomatisch für jene Mischung aus ideologischer Verblendung, Hysterie und Skurrilität, die zunehmend den Umgang mit politisch missliebigen Traditionen kennzeichnet.

In diesem fanatisierten Klima haben Gestalten und Ereignisse der deutschen Geschichte, die nicht kompatibel mit dem heutigen Weltbild sind, denkbar schlechte Chancen auf Akzeptanz, sei es als Namenspatron oder als Denkmalfigur. Selbstredend soll im Zuge der Münchener Großrazzia gegen verdächtige Straßennamen etwa die an den Sieg über Frankreich im Krieg von 1870/71 erinnernde Sedanstraße umbenannt werden, weil sie den Militarismus verherrliche.

Gleiches lässt sich aber über unzählige Straßennamen und Denkmäler sagen. Sollen wir das denselben Sieg glorifizierende Mosaik an der Berliner Siegessäule beseitigen, weil sein nationalstolzer Triumphalismus nicht in unsere Zeit passt und ein französischer Besucher sich in seinem Nationalstolz gekränkt fühlen könnte? Oder besser zur Sicherheit gleich das gan-

ze Monument einstampfen, weil sein Dekor größtenteils aus erbeuteter Geschützbronzesteine besteht?

Sollen wir die Bibel von allen anti-judaistischen Passagen bereinigen? Alle Bauwerke einebnen, die unter für uns inakzeptablen Regimen des Feudalismus, Absolutismus, Kolonialismus, Imperialismus, Faschismus und Kommunismus errichtet wurden? Romane und Filme zensurieren, die nationale Stereotypen und überlebte Geschlechterrollen transportieren? Die Mohammed-Karikaturen verbieten, die 2005 in muslimischen Ländern Gewaltorgien eines wütenden, vermeintlich in seinen Gefühlen verletzten Mobs auslösten?

Auch die Taliban gaben vor, sich von für sie anstößigen Darstellungen verletzt zu fühlen, als sie 2001 die Buddha-Statuen von Bamiyan in die Luft jagten. Gleiches tut auch der IS bei seinen Bilderstürmen. Was uns aber von den Taliban und vom IS unterscheidet, ist nicht zuletzt unsere Bereitschaft, Kulturleistungen und Geschichtszeugnisse auch dann zu respektieren, wenn sie nicht zu unserem Weltbild passen.

Diese Errungenschaft des Humanismus, der Aufklärung und nachfolgender intellektueller Emanzipationsbestrebungen war immer wieder durch totalitäre Regime bedroht. Nun gerät sie zunehmend durch die traditionsfeindlichen Zuchtmeister der politischen Korrektheit in Gefahr, die sich selbst auf die Aufklärung berufen und als Avantgarde der Weltoffenheit sehen, aber in ihrer Selbstgewissheit und Intoleranz den verstocktesten religiösen Fanatikern ähneln. Damit steht viel auf dem Spiel: der Reichtum der Denkmallandschaften und des in Literatur und Brauchtum überlieferten Kulturerbes – und vielleicht vor allem die Fähigkeit, Bilder, Begriffe und Denkmäler der Vergangenheit in kritischer Distanz historisch einzuordnen, sie für uns produktiv zu machen und von ihnen zu lernen, statt sie als unzumutbar auszuräumen zu wollen.

Unterirdisch

Zehn Tage nur! Und dann soll wieder alles gut sein: Der Supermarkt wird wieder beliefert, die Lampen brennen, und das Telefon verbindet uns mit der Welt? Da bleibt die Einkaufsliste überschaubar: Nudeln, Ketchup, Mineralwasser, dazu etwas Hartkäse, fertig. Wie anders war der unterirdische Privatbunker bestückt, den der vagabundierende Vater mit seinem Sohn in Cormac McCarthys apokalyptischem Roman „Die Straße“ zufällig entdeckt, ausgestattet mit Vorräten für mehrere Jahrzehnte. Nur die Furcht vor Menschenfressern, die dumm genug waren, ihre Regale nicht mit Dosen zu füllen, ließ die beiden weiterziehen, statt sich im Kellerparadies dauerhaft einzurichten. Mich ließ McCarthys Dystopie kalt, dieser Leitfaden fürs Überleben am Tag danach. Schlimmer noch: Mir fehlte die Vorstellungskraft, dem Text zu folgen. Meinen einzigen Vorratsspeicher für den Ernstfall habe ich bei einem Nachbarn gesehen, da war ich noch ein Kind, wenig später war er zum Partykeller umgebaut. Der Bunker- und Vorratswahn ist ein Relikt der atomkriegstraumatisierten fünfziger, allenfalls noch der terrorverunsicherten siebziger Jahre, und so staunte unser halbwüchsiger Sohn nicht schlecht, als ihm dieser Tage auf einer Schweiz-Reise sein Onkel die helvetische Lage darstellte: dass sich dort unter fast jedem Haus ein Schutzraum befindet, atomsticher, und dass für den Evakuierungsfall die Berge ausgehöhlt seien wie der Käse des Landes. Das Schweizer Maulwurfskonzept reicht sogar so weit, dass es dort mehr Schutzplätze als Schutzbedürftige gibt, während bei uns unterirdisch gerade einmal Platz für drei Prozent der Einwohner ist. Der Gamescom-Generation, die Vokabeln wie Bedrohung und Verteidigung immer noch zuerst mit ihren Computerspielen verbindet, können angesichts der „falschen Chalets“ durchaus Zweifel kommen, ob die Schweiz überhaupt existiert oder nicht eine gigantische Real-life-Simulation ist. „Machen wir jetzt wie die Schweizer?“, fragte prompt unser Sohn angesichts der Empfehlung der deutschen Regierung, für den Krisenfall vorzusorgen und künftig Lebensmittel für zehn Tage zu lagern. Dass das Sicherheitskonzept nichts mit den jüngsten Anschlägen zu tun habe, wird in Berlin eigens betont. Als könnten Konservendosen vor Amokläufern schützen. Minicraft-erfahrene Jugendliche denken da weiter als die Bundesregierung. Einige Tage ohne Essen seien kein Problem, wissen sie und fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, Schmerzmittel zu bunkern. Und fast augenblicklich folgt der herzerreißende Versuch, mehr Spielzeug am Computer auszuhandeln, falls demnächst tatsächlich der Strom ausfalle – gleichsam als Vorratsdatenspeicherung. S.K.

Kein Riesenprojekt

Das K21 in Düsseldorf sagt Schau von Christoph Büchel ab

Als die Düsseldorfer Kunstsammlung ihr Programm für 2016 vorstellte, fiel eine Ausstellung von Christoph Büchel im K21 auf. Der in Island lebende Schweizer versteht Kunst als Konflikt, mit seinen aufwendigen Installationen zielt er auf gesellschaftlichen Dissens, der in seiner Kunst beispielhaft aktiviert werden soll. So lud der 1966 geborene Büchel einen Swingerclub in die Wiener Secession ein, der tagsüber in seinen Requisitionen, abends nach 21 Uhr in Betrieb zu begutachten war. 2002 baute er, mit Gianni Motti, im Helmhaus Zürich die Schau „Capital Affair“ an: Sie bestand aus einem in den Wänden verankerten Scheck über ihr Budget von 50 000 Franken, den die Besucher aufstöbern sollten; bevor es zur Hatz kam, schloss das Helmhaus die Schau. Im Kasseler Fridericianum installierte Büchel 2008 eine „Mac-Geiz“-Filiale und veranstaltete eine Politikmesse, die allen in Deutschland zugelassenen Parteien ein Forum bot, auch der NPD. Zuletzt löste Büchel 2015 bei der Biennale in Venedig eine Kontroverse aus, als er die entsakralisierte Kirche Santa Maria della Misericordia im Stadtteil Cannaregio als Moschee einrichtete.

Die Kunstsammlung wusste also, worauf sie sich einließ, als sie Büchel zu einer „sozialkritischen Installation“ einlud, um das gesamte Ständehaus „zum Ort des intensiven Austauschs und der Kreativität“ zu machen: mit einem Supermarkt im Parterre und Schlafstätten für Besucher, die das Museum während der Laufzeit bewohnen sollten. Gern hätte man das K21 für seinen Mut bewundert. Im Lauf des Jahres aber ist das „Riesenprojekt“ allen Beteiligten „in künstlerischer und organisatorischer Hinsicht“ über den Kopf gewachsen, wie die Kuratorin Susanne Meyer-Büser auf Anfrage dieser Zeitung mitteilt. Die für September angekündigte Schau sei „in bestem Einverständnis“ abgesagt worden. Ein hässliches juristisches Nachspiel wie bei der gescheiterten Ausstellung im Massachusetts Museum of Contemporary Art in North Adams 2007 bleibt den Akteuren erspart, wo Büchel ein „Trainingscamp für Demokratie“ einrichten wollte. Doch dürfte das K21 das letzte Museum sein, das Büchel eingeladen hat, ohne seine Ideen organisatorisch und künstlerisch kalkuliert zu haben. G.I.



Studentische Proteste gegen die Statue von Cecil Rhodes in Oxford

Foto Getty Images



Provokation gilt nicht als süß: Der Zwarte Piet soll weg, auch als Leckerei.

Foto laif